Zeitschrift: Wechselwirkung : Technik Naturwissenschaft Gesellschaft
Herausgeber: Wechselwirkung
Band: 9 (1987)
Heft: 32

Artikel: Zählen, Erfassen, Planen : wem nützt die Volkszählung
Autor: Cobabus, Norbert
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-652806

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 13.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Zählen, Erfassen, Planen

Wem nützt die Volkszählung?

In der letzten Ausgabe der WW beschäftigt sich Heinrich Rieger mit den datenrechtlichen Veränderungen, die sich aufgrund des Urteils des Bundesverfassungsgerichtes für die geplante Volkszählung ergeben. Im folgenden Beitrag untersucht Norbert Cobabus kritisch die Argumente, mit denen das statistische Bundesamt in einer bundesweiten Anzeigenkampagne die Bürger von der Nützlichkeit der Volkszählung überzeugen wollte.

von Norbert Cobabus

Die Volkszählung sei eine *»Inventur des Staates im Dienste seiner Bürger«*, sie sei eine *»höchst nüchterne Aktion«*. Der Staat prüfe *»im Dienste seiner Bürger, wo in Zukunft mehr getan werden«* müsse *»und wo weniger Einsatz«* genüge, also *»eine Inventur, wie sie für die Zukunftsplanung eines soliden Unternehmens selbstverständlich«* sei. Und an anderer Stelle wird dazu ausgeführt: *»Volkszählungen werden entsprechend den Empfehlungen der Vereinten Nationen und der Beschlüsse der Europäischen Gemeinschaft durchgeführt. Sie bilden die Grundlage für Entscheidungen auf den Gebieten Wirtschafts- und Sozialpolitik, Wohnungswirtschaft, Arbeitsmarkt, Umwelt und Bildungswesen ... Bund, Länder und Gemeinden sind auf eine neue, zuverlässige Datenbasis angewiesen.«* Denn, so wird dies begründet, *»erst mit aktuellen und genauen statistischen Ergebnissen«* lasse *»sich verläßlich planen, richtig entscheiden und vernünftig wirtschaften«*.

Und, so wird die Volkszählung 1987 weiter begründet, die letzte Volkszählung in der Bundesrepublik Deutschland läge bereits 17 Jahre zurück. Es wird weiterhin behauptet, daß *»auch für die Fragestellungen von Parteien, Tarifpartnern, Wirtschafts- und Berufsverbänden und einer Vielzahl weiterer wichtiger Gruppen des öffentlichen Lebens, insbesondere Wissenschaft und Forschung,«* *»die Ergebnisse der Volkszählung unentbehrlich«* seien. *»Verläßliche Planungen und richtige Entscheidungen«* kämen *»letztlich jedem einzelnen Bürger zugute«*, deshalb solle auch jeder durch die Beantwortung der Fragen *»einen wichtigen Beitrag für die Zukunft unseres Landes«* leisten.

Diese allgemeinen Aussagen enthalten im wesentlichen folgende Begründungsargumente für die Volkszählung:

- internationale Autorität;
- aktuelle und zuverlässige Daten für richtiges Planen und Entscheiden;
- Entscheidungsnotwendigkeit im wirtschaftlichen Bereich, in verschiedenen sozialen Bereichen und in diese Bereiche unterstützende Einrichtungen (Wissenschaft und Forschung);
- alles kommt letztlich jedem einzelnen Bürger zugute.

Es ist sicherlich richtig, daß sich mit akutelleren Daten, die zudem eine gewisse Zuverlässigkeit besitzen – keine Volkszählung liefert 100% richtige Daten, es gibt immer eine gewisse Fehlerquote –, im wirtschaftlichen Bereich und in verschiedenen sozialen Bereichen besser planen läßt. Die Frage aber ist, wer hier plant, und die noch wichtigere Frage ist, wer aufgrund solcher Planungen dann im gesellschaftlichen Rahmen auch konkrete Entscheidungen beschließt und auf ihrer Grundlage entsprechende Maßnahmen durchführen läßt. Und hier muß die oben angeführte Aufzählung präzisiert und neu gewichtet werden: An der Planung sind sicherlich relativ viele Einrichtungen beteiligt, die Entscheidungen für konkrete Maßnahmen aber treffen Wirtschaftsunternehmen und maßgebliche politische Kräfte von Bund, Ländern und Gemeinden gemeinsam, und die Durchführung liegt dann bei den von ihnen abhängigen staatlichen Verwaltungen bzw. von diesen beauftragten Firmen. Das heißt, die gesamte planerische Breite wird also gesiebt und auf die Interessen von Wirtschaft und Staatspolitik zurechtgestutzt oder entsprechend umfrisiert, wenn es sein muß. Diese Interessen dienen aber eben nicht dem einzelnen Bürger, sondern der Zukunftssicherung der BRD als Wirtschaftsunternehmen und dabei jenen, die zu den oberen privilegierten Schichten zählen. Das wird auch das Ergebnis der neuen Volkszählung sein; so wie dies bisher mit allen Plandaten gewesen ist, gleich auf welcher staatlichen Ebene. Nur gelegentlich konnte offener Bürgerprotest gewisse soziale Härten oder Nachteile der aus solchen Erhebungen, Planungen und dann aufgrund wirtschaftlicher und politischer Entscheidungen umgesetzten Maßnahmen abpuffern. Jeder kann dies für sein Wohngebiet und die nähere bzw. weitere Umgebung an zahlreichen Beispielen nachvollziehen (Straßenbau, öffentlicher Nahverkehr, Abbau der Bundesbahnstrecken und Busstrecken, Schaffung von Großgemeinden, Bau von Flughäfen oder deren Erweiterung, Schulbauten, Lehrermangel, steigender Mietspiegel usw.). Es gibt keinen Grund – aufgrund der gesamten historischen Entwicklung in der BRD – ausgerechnet bezüglich der Auswertungsergebnisse aus der Volkszählung 1987 etwas anderes anzunehmen. Auch die Volkszählungen von 1961 und von 1970 haben nicht zu einer Verbesserung der sozialen Lage der einzelnen Bürger beigetragen, sondern vor allem der Wirtschaft dazu verholfen, daraus aus rein unternehmerischen, gewinnwirtschaftlichen Interessen Nutzen zu ziehen.

Der Volkszählung kommt im Rahmen einer allgemeinen umfangreichen Datenerhebung in sehr vielen gesellschaftlichen Bereichen also nur eine Teilaufgabe neben vielen anderen zu. Zu diesen anderen Datenerhebungsbereichen, die vorwiegend zudem auf die jeweils einzelne Person zugeschnitten sind, zählen z.B. die jährlichen Mikrozensuserhebungen, die Daten der Einwohner-

meldeämter, der Finanzämter, der Krankenkassen, der Arbeitgeber, der Schulen und anderen Ausbildungsstellen, der Arbeitsämter, der Ausländerbehörden, der Sozialämter, des TÜV, der KFZ-Zulassungsstellen, der Flensburger Verkehrssünderdatei, der Wehrerfassungsbehörden, der Stadtwerke, der Post, der Banken, der Schufa, des Adreßhandels, der Verstandhäuser, der Kirchen, der Vereine und nicht zuletzt auch des Zentralregisters über die polizeiliche Führung bzw. der verschiedenen Staatssicherheitsorgane. Damit habe ich nur die wohl wichtigsten Einrichtungen aufgeführt, die über persönliche Daten der Einwohner der BRD verfügen und diese außerdem auch häufig untereinander austauschen. Der Datenumfang, der bei vielen dieser einzelnen Einrichtungen – geschweige denn allen zusammen – über jede einzelne erfaßte Person vorhanden ist, ist bei weitem größer, als der, der mit der Volkszählung 1987 erhoben werden soll. Das kennzeichnet etwas den Stellenwert der geplanten Volkszählung.

Eine Prüfung einiger weiterer Argumente des statistischen Bundesamtes für die Volkszählung 1987 wird dies konkreter belegen.

Bevölkerungszahl, Bevölkerungsentwicklung, Wahlkreisbestimmung

»Wie groß ist die Bevölkerungszahl in der BRD tatsächlich?«, wird gefragt. Von den fortgeschriebenen Zahlen der letzten 15 Jahre seien nach gegenwärtigen Schätzungen rund eine Million – von 61,3 Millionen ermittelten Einwohnern – vermutlich nur Karteileichen. *»Zweitausend Dörfer«*, mit also je 500 Einwohnern, würden also *»nur in unserer Einbildung«* existieren. *»Korrekte Bevölkerungszahlen«* seien aber wichtige Basisdaten *»eines gerechten und sozialen Staates«*. Denn die Größe einer Gemeinde entscheide über ihre Anteile an der Einkommensteuer, demnach würden vermutlich gegenwärtig *»einige Kommunen unabsichtlich zu viel Geld einstecken, während man anderen einen Teil ihres Anspruchs«* vorenthalte. *»Auch der Zuschnitt von Wahlkreisen«* bemesse *»sich nach der Einwohnerzahl«*. Aufgrund einer angenommenen »Nord-Süd-Wanderung« der Bevölkerung müßte vermutlich das SPD-regierte Bundesland Nordrhein-Westfalen ein oder eher noch zwei Wahlkreise an den Süden, also die unionsregierten Länder Baden-Württemberg und/oder Bayern abgeben.

Ich habe in diese letzten Wiedergaben von Argumenten des statistischen Bundesamtes gleich einen Teil meiner politischen Interpretation einfließen lassen und will deshalb mit dem Wahlkreisargument beginnen.

Wenn man heute aufgrund einer über 15-jährigen Fortschreibung früherer Basisdaten immerhin glaubt, die Fehlerquote mit einer Million zu hoch angesetzter Einwohnerzahlen bei 61,3 Millionen fortgeschriebener in der BRD lebender Menschen schätzen zu können, dann wird jede Volkszählung überflüssig. Dies ist nämlich eine bereits in etwa angenommene Fehlerquote von unter 2 %. Und da man sie in etwa sogar weiß, dürfte sie, wenn man das korrigieren würde, ohne eine Volkszählung durchzuführen, sogar deutlich unter einem Prozent liegen. Bei der geplanten Volkszählung ist aber davon auszugehen — das weiß man aus der Geschichte der Volkszählung und aufgrund von Erfahrungen bei statistischen Erhebungen allgemein –, daß die Fehlerquote auf jeden Fall über einem Prozent und vermutlich auch sogar deutlich über zwei Prozent liegen dürfte. Legt man dies aber dann noch einmal auf regionale Einzugsgebiete um, so wird es geradezu absurd, daraus Aussagen für reale Wahlkreisverschiebungen abzuleiten. Es fragt sich außerdem, woher man von einer »Nord-Süd-Wanderung« so genau weiß; offenbar gibt s doch auch hier längst fortgeschriebene Daten. Und wenn es die gibt, würde man sie doch auch wohl – aus parteipolitischen Gründen – zur Anwendung gebracht haben, wenn man von ihrer Richtigkeit überzeugt gewesen wäre.

Noch absurder wird diese Korrektur, die keine ist, sondern durch die Volkszählung vermutlich sogar noch ungenauere Daten als die jetzt angenommene richtige Bevölkerungszahl liefern würde, wenn man die Einkommensteuer auf Gemeindeebene dadurch berechnen wollte. Hier werden mit Sicherheit auch nach einer solchen Volkszählung dieselben »Ungerechtigkeiten« oder in einzelnen Bereichen noch größere als jetzt bestehen bleiben. Weiterhin muß aber bedacht werden, wenn man einmal theoretisch von absolut korrekten Zahlen ausgeht, um welche Summen es sich dabei handelt. Stellt man diese Bruchteile des Gesamtetats einmal dem gegenüber, was über Abgeordnetendiäten, Parteifinanzierungsgelder, Wahlkampfkostenerstattung, für pompöse Verwaltungsbauten, für indirekte Formen von Schmiergeldern an Wirtschaftsunternehmen (Zulassung rechtlich nicht genehmigter Bauten, Inbetriebnahme von Fabriken usw.) sowie andere vergeudete und den meisten Bürgern damit nicht zugutekommenden Gelder ausgegeben wird, so ist es einfach lächerlich, mit diesen kleinen Summen einer »gerechteren« und »korrekten« Einkommensteuerverteilung dem einzelnen Bürger gegenüber »Gerechtigkeit herstellen zu wollen und (unbeabsichtigte) Übervorteilung bzw. Nachteile für ihn auszugleichen.

Beschäftigungslage und Arbeitslosenumfang, Umweltpolitik

Die Basisdaten der letzten Volkszählung aus dem Jahre 1970 hätten eine *»Schieflage der Daten und damit die Gefahr falscher staatlicher Entscheidungen«* gebracht, die besonders *»angesichts der mehr als zwei Millionen Arbeitslosen bei der Beschäftigungspolitik ins Gewicht«* falle. *»Wer würde es wagen, auf diese Zahlen eine zukunftsgerichtete Strukturpolitik zu gründen?«*, heißt es wei-

ter. – Im übrigen, und jetzt wird man auch ganz aktuell »soft« und »ökologisch«, ließen *»Erkenntnisse über das Wirtschaftsleben einzelner Regionen«* auch *»wichtige Rückschlüsse auf den jeweiligen Grad der Umweltgefährdung und die Notwendigkeit von Abwehrmaßnahmen zu.«*

Allein schon die Aussage, daß nur zwei Millionen Arbeitslose in der BRD oder ein wenig mehr, dort leben würden, ist falsch. Und das weiß man in Bonn. Die offiziellen Zahlen der Bundesanstalt für Arbeit, die hier herangezogen werden, stellen nämlich selbst eine politisch gewollte Frisierung von Erhebungsdaten dar und zeigen, was sich alles mit Erhebungen und Statistiken frisieren läßt; wenn man dies so politisch will. Und hier will man eindeutig die Situation der strukturellen Massenarbeitslosigkeit verharmlosen. Tatsächlich weiß jeder Politiker, wissen alle Arbeitgeber und weiß auch die Bundesanstalt für Arbeit, und sie noch mit am genauesten, daß die Arbeitslosigkeit in der BRD fast um das doppelte so hoch liegt, wie die offiziell genannten Zahlen. Bestimmte Bevölkerungsgruppen werden nämlich einfach nicht erfaßt. Angesichts dieser allseits bekannten Tatsachen ist es geradezu blanker Zynismus davon zu reden, daß die neue Volkszählung hier eine Aufklärung über die tatsächlich Zahl der Arbeitslosen und der Beschäftigten geben würde. Und auch die Beschäftigtenzahlen sind im übrigen – so weit sie von Unternehmensseite aus bekannt werden sollen – bekannt. Die Zahlen sind den Finanzämtern, den Krankenkassen und sonstigen staatlichen Einrichtungen aufgrund der erhobenen Lohnsteuern und Krankenkassenbeiträge nur allzu geläufig. Und jene Dunkelziffern an Schwarzarbeitern, an Leiharbeitern und sonstigen ausgebeuteten Arbeitskräften, die werden auch durch eine Volkszählung oder sonstige statistische Erhebungen nicht erfaßt werden. Auch hier wirkt das Argument mit der Volkszählung lächerlich.

Der gewaltsame Versuch, die Volkszählung aus aktuellen Gründen jetzt auch für den Umweltschutz zu beanspruchen, wirkt geradezu absurd. Auch ohne diese Volkszählung weiß man, welche Umweltschäden durch das Wirtschaftsleben entstehen.

Reklame auf Gehaltsabrechnungen im öffentlichen Dienst

Ausbildungs- und Berufsentwicklung und -struktur

»Wirtschaftlicher Fortschritt und technologischer Wandel verändern zunehmend die Arbeitswelt« beginnt eine Anzeige zur Volkszählung und fährt fort: *»Die Folgeerscheinungen – neue Arbeitsplätze mit neuen Anforderungen an die Qualifikation und Anpassungsvorgänge in den klassischen Industrien – berühren alle Arbeitnehmer: Wie viele Beschäftigte werden gebraucht? Welche Berufe haben die meisten Zukunftschancen? In welcher Region gibt es welchen Bedarf? Auf diese Fragen wird die Volkszählung Antworten geben.«*

Und in einer anderen Anzeige heißt es unter anderem: *»Studienprobleme berührten früher nur eine kleine Minderheit. Heute sind sie von großer Tragweite für die ganze Gesellschaft, denn die Hochschulen und Universitäten haben sich in den zurückliegenden Jahren für immer mehr Jugendliche geöffnet ... Welche Studienfächer versprechen gute Berufschancen? Wo fehlen Akademiker?«*

In der Tat sind dies für die Herrschenden in Wirtschaft und Politik sehr wichtige Fragen. Über die Blockseitenerfassung und die sich daraus ergebende recht genaue Sozialstrukturanalyse der einzelnen Regionen kommt den Unternehmen die Volkszählung für mögliche Standortwahlen zweifellos zugute. In diesem Punkt stimmt der Anzeigentext. Aber das sind eben nur Vorteile für die Wirtschaft und allenfalls zufällig, und von ihm kaum beeinflußbar für den einzelnen Bürger, nämlich für jenen, der eventuell wieder oder erstmalig eine Arbeitsstelle dadurch erhält.

Was hingegen die Studienlaufbahnen anbetrifft, liegen bereits heute genaueste Zahlen vor, denn im universitären Bereich ist die EDV-gesteuerte Datenerfassung der Studenten und ihrer Ausbildungsgänge mit am weitesten fortgeschritten.

Daß aufgrund der Volkszählung die Wahl der Studienfächer erleichtert wird, stimmt also keineswegs. Wo sie gesteuert werden muß – im Interesse der Wirtschaft und der staatlichen Finanzierungspolitik – wird dies bereits heute über Numerus Clausus und BAFÖG-Bestimmungen getan. Und das hat überhaupt nichts mit irgendeiner Volkszählung zu tun und wird dadurch deren Daten kaum beeinflußen. Wiederum ist es hier allenfalls die Wirtschaft, die aus dem Bildungsniveau bestimmter regionaler Gebiete für sich allgemeine Schlüsse für eine Standortwahl ziehen kann. Natürlich kann dies auch der Staat, aber aus ganz anderen Erwägungen heraus, nämlich z.B. aus sozialpolitischen Erwägungen: In einer Region mit vielen Akademikern und besser ausgebildeten Bürgern wird die Infrastruktur eben besser gestaltet, als in einem Bereich mit vielen Ausländern und mit vielen Hauptschülern.

Wohnungsbedarf

»Wieviele Wohnungen stehen zum Beispiel heute leer?«, wird vom statistischen Bundesamt gefragt. Zwischen 300 000 und

500 000 sollen es sein. *»Stimmen die Mietspiegel noch?«*, wird weiter gefragt. *»Wo fehlt es an notwendigem Komfort?»* Und *»womit wird geheizt?« »Niemand weiß es genau«*. Dies sei, so wird daraus gefolgert, *»eine untragbare Situation für einen der wichtigsten Bereiche staatlicher Förderungspolitik«*, denn hierhin flössen ja jährlich viele Milliarden aus den Steuergeldern.

Recht haben Bundesregierung und statistisches Bundesamt, daß niemand es ganz genau weiß, wie es auf dem Wohnungsmarkt aussieht. Aber letztlich ist es für den einzelnen Bürger auch uninteressant zu wissen, ob nun tatsächlich 300 000 oder 500 000 Wohnungen leer stehen, denn die Tatsache an sich ist ein sozialpolitischer Skandal, da bekanntlich in der BRD eine große Wohnungsnachfrage besteht. Bloß können viele nicht mehr die geforderten Mietpreise zahlen. Der Wohnungsmarkt hat sich nämlich mit dem sukzessiven Wegfall des sozialen Wohnungsbaus und der Schaffung der weißen Kreise in den letzten 20 Jahren zu einem der schlimmsten kapitalistischen Spekulationsfelder mit zum Teil erpresserischen Wucherpreisen entwickelt. Und wo der Komfort heute in Altbauwohnungen fehlt, wird eben saniert und häufig in Eigentumswohnungen umgewandelt, wofür dann ebenfalls sehr hohe und für viele nicht mehr tragbare Preise genommen werden. Kaum in einem Bereich, hat es in der Nachkriegszeit so viel mafiaähnliches Spekulantentum gegeben wie auf dem Bau- und Wohnungsmarkt, und das oft noch mit direkter oder indirekter Unterstützung oder Mitwisserschaft staatlicher Behörden, Gemeindevertreter und Regierungsbeamte.

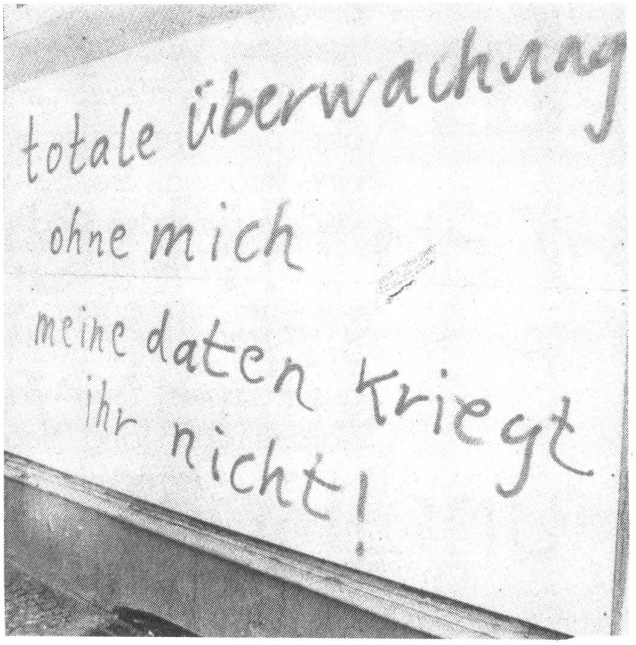
Diese hier erhobenen Daten müssen ja vor dem Hintergrund der Zuweisung zu den Blockseiten als kleinste statistische Einheit gesehen werden. Ein Wohngebiet wird damit aufs genaueste erfaßt. Und hier liegt in der Tat für Gebäudeeigentümer, Wohnungsbaugesellschaften, Wohnungs- und Bauspekulantentum und für die Energiewirtschaft eine große Bereicherung in den Volkszählungsergebnissen. Der einzelne Bürger aber, der wird noch mehr ausgenommen – das ist die Bilanz dieses Teils der geplanten Volkszählung 1987.

Verkehrsinfrastruktur

»Millarden DM wurden und werden investiert« heißt es, *»um für die Mobilität der Bevölkerung die notwendige Infrastruktur (Verkehrsnetz, öffentliche Verkehrsmittel) bereitzustellen.«* Und es wird dazu gesagt, daß es für eine Industriegesellschaft kennzeichnend sei, *»daß Arbeitsort bzw. Ausbildungsstätte und Wohnnort bei vielen Erwerbstätigen bzw. Schülern und Studenten auseinanderliegen«* würden. Deshalb eben Verkehrswegnetze und Verkehrsmittel in großem Umfang. Nun aber würden die Finanzierungsspielräume der öffentlichen Haushalte enger, und da müsse eben präziser geplant werden.

An dieser Aussage und Feststellung ist zweifellos sehr viel dran, bloß schlägt sich dies wiederum nicht zugunsten der einzelnen Bürger nieder. In der Tat können auch in diesem Bereich die Volkszählungsdaten den Entscheidungsträgern in Wirtschaft und Politik ihr Handwerk erleichtern. Der Verkehr kann nämlich effektiviert werden und noch besser so gesteuert werden, daß davon die Wirtschaft profitiert, z.B. durch einen weiteren Ausbau des Individualverkehrs.

Die erstellten Netze über die Wohnungs- und Wegsituation sind zwar schon heute durch Verkehrszählungen weitgehend bekannt, aber sie werden durch die Volkszählung, aufgrund der Blockseitenerfassung, eben noch genauer. Also wird der Ausbau des Autostraßennetzes noch mehr darauf abgestimmt und der öffentliche



Personennahverkehr entsprechend noch mehr ausgedünnt werden. Denn das ist seit mehr als zwei Jahrzehnten die generelle Entscheidungslinie der Politiker zur Stützung wirtschaftlicher Interessen, von der viele dieser Politiker ja auch auf die eine oder andere Weise – zum Teil unter der Hand – profitieren. Daß aber die Volkszählung auch in diesem Punkt keine Vorteile für das Gros der Bevölkerung und vor allem nicht der mittleren und unteren Bevölkerungsschichten bringen wird, kennt fast jeder, der in einer Großstadt lebt. Dort werden entgegen Bürgerbegehren, Straßenbahnen eingestellt, wie jetzt auch demnächst in Frankfurt, es werden Autobahnstrassen an ihren Wohnblocks vorbeigelegt und Straßen für einen vermehrten Autoverkehr erweitert. Verkehrslinien bleiben nur dort bestehen, wo Großbetriebe oder viele Verwaltungsgebäude, Kaufhäuser und ähnliches in der Nähe sind; ansonsten soll der einzelne Bürger sehen, wo er bleibt, auch wenn er kein Auto hat bzw. z.B. aus gesundheitlichen Gründen auch nicht fahren darf.

Die Politik der Bundesbahn, die mit ihrem Nahverkehr ja ursprünglich die Einzugsströme des Pendlerverkehrs in die größeren Städte zog, spricht in Bänden dafür, wie trotz eines eindeutigen Bedarfs das Gegenteil davon getan wird: Ausdünnung der Bahnstrecken, Verschlechterung des Service und schließlich Stillegung von immer mehr Strecken.

Ein wesentlicher Trugschluß bereits bei der 1983 gescheiterten Volkszählung war es und wäre dies auch wieder in bezug auf die für 1987 geplante Volkszählung zu glauben, daß es den Politikern, den Unternehmern in der Wirtschaft, den staatlichen Verwaltungen, den statistischen Ämtern oder schließlich auch den universitären oder außeruniversitären Forschungseinrichtungen vorwiegend auf die Erfassung der jeweils einzelnen Personen xy oder yz ankäme. Das kann zwar für einige Einrichtungen – z.B. für die staatlichen Sicherheitsorgane, die Ausländerbehörden, die Finanzämter oder auch die Einwohnermeldeämter – auch ein Motiv sein, es ist mit der Volkszählung, wie auch bei anderen statistischen Erhebungen, aber allenfalls als Nebenaspekt verbunden.

In der Hauptsache geht es hingegen darum, soziale Strukturen zu erfassen und zwar möglichst umfassend und möglichst genau, um darauf aufbauende Trends bezüglich sozialer Veränderungen möglichst frühzeitig erkennen zu können. ♦